

Stadt Luckenwalde  
Die Bürgermeisterin

Anfrage DIE LINKE

Drucksachen-Nr. F-5010/2009

**Titel: Kommunale Maßnahmen gegen Klimawandel**

Erläuterung:

Die regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming hatte am 6. Oktober 2009 zu einer regionalen Klimakonferenz nach Ludwigsfelde eingeladen. Bei dieser Auftaktveranstaltung im Rahmen des Modellvorhabens der Raumordnung (MORO) – Raumentwicklungsstrategien zum Thema Klimawandel wurde klar gefordert, der stetigen Erderwärmung auch auf kommunaler Ebene entgegenzutreten. Der Weg ist die Reduzierung des CO<sub>2</sub> – Ausstoßes. Mit dem Bundesprogramm zum experimentellen Wohnungsbau können sich Kommunen einem Klimawandel-Check unterziehen. Dabei werden innerörtliche Freiflächen unter die Lupe genommen: Gibt es Belüftungsschneisen in Wohngebieten, gibt es Versickerungsflächen bei Starkregen, gibt es Speicherflächen für Wasser bei Trockenheit und Hitze. Die Ergebnisse könnten dann in die Bauleitplanung der Kommune eingehen.

Anfrage:

Ich frage die Stadtverwaltung:

1. Wie bewerten Sie den dargestellten Sachverhalt aus der Sicht der Stadt Luckenwalde?
2. In welcher Art und Weise sehen Sie zukünftigen Handlungsbedarf, um der stetigen Erderwärmung auch auf kommunaler Ebene entgegenzuwirken und Schwerpunkte für die Bauleitplanung abzuleiten.

Antwort:

Das angesprochene Modellvorhaben der Raumordnung hat zum Thema: Raumentwicklungsstrategie zum Klimawandel. Mit sieben weiteren Regionen zwischen Schwarzwald und Ostsee untersucht unsere Region Havelland-Fläming (6.800 qkm) die möglichen Auswirkungen des Klimawandels und befasst sich mit strategischen Ansätzen, um diese Herausforderung besser zu bewältigen. Während in hochverdichteten Metropolen wie Frankfurt/Main und Stuttgart Hitzestress und Lokalklima die Planer beschäftigen, geht es hier bei uns darum, mit einer negativen Wasserbilanz durch weniger Niederschläge und höhere Verdunstung besser fertig zu werden. Ein Fachbeirat liefert wissenschaftliche Grundlagen. Im Fall der Planungsgemeinschaft Havelland Fläming erarbeitet das Potsdamer Institut für Klimaforschung Expertisen zur „regionalen Verwundbarkeit“. Dazu gehören z. B. die Analyse von Extremereignissen in der Region wie Starkregen, Stürme, Hitzeperioden in den Jahren 1951 bis 2006 bezüglich Häufigkeit, Intensität und Trend. Darauf aufbauend werden Zukunftsszenarien entwickelt unter der Annahme einer Erwärmung von 0, 1 oder 3 Kelvin. Die Auswirkung auf die Wasserwirtschaft, Forstwirtschaft und Landwirtschaft werden darin beleuchtet. Am Beispiel Landwirtschaft z.B. die Frage: Welche Ertragsänderungen lassen sich bei den derzeitigen Hauptnutzpflanzen Silomais und Winterroggen verzeichnen?

Eine regionale Steuerungsgruppe beschäftigt sich dann mit der Grundlagenauswertung der wissenschaftlichen Daten, erarbeitet und diskutiert mögliche Maßnahmen der Einflussnahme und der Anpassung. Verbesserung von Wasserhaltung in der Landschaft, Verlangsamung der Wasserabgabe zur Vermeidung von Hochwasserwellen in den Flüssen und zum Erhalt des Regionalen Wasserspiegels sind auf regionaler Ebene (Zuständigkeit der

Planungsgemeinschaft erstreckt sich auf 6.800 qkm) wirkungsvoller als auch lokaler (Ausdehnung der Stadt: 48 qkm).

Die Stadt will ihren Beitrag zu diesem regionalen Gesamtkonzept leisten. Sie ist in der regionalen Steuerungsgruppe vertreten. Das Gremium soll – wie auch der wissenschaftliche Fachbeirat - viermal im Jahr tagen. Ergebnisse sind 2011 zu erwarten.

Damit möchte es die Stadtverwaltung jedoch nicht bewenden lassen. Ich denke, es ist Konsens in der Stadtverordnetenversammlung und in der Verwaltung, dass auch die 46 qkm große Kommune ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten muss.

Es wird erforderlich sein, unsere städtischen Klimaziele zu definieren. Im März 2007 haben sich die EU Mitgliedstaaten im Rahmen des Europäischen Rats auf verpflichtende Ziele im Bereich der Energie- und Klimapolitik verständigt, die sich mit der griffigen Formel „20-20-20 bis 2020“ zusammenfassen lassen.

- 20 % Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen...  
(Basisjahr 1990; 20% Minimalziel, 30% Prozent wenn die anderen Hauptverursacher mitziehen)
- 20 % Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch ...  
(ggw. 6,4%; sektorales Ziel: 10% Anteil von Biokraftstoffen am gesamten verkehrsbedingten Benzin- und Dieselverbrauch, wenn nachhaltige und marktfähige zweite Generation von Biokraftstoffen zur Verfügung steht)
- 20% Einsparung des EU-Energieverbrauchs...  
(Energieeffizienzziel, gemessen an dem für 2020 prognostizierten Energieverbrauch)  
... bis zum Jahr 2020.

Diese Werte können sich auch auf die kommunale Ebene runterbrechen lassen. Die möglichen Handlungsfelder sind kein Hexenwerk:

- Senkung des Energieverbrauchs Die Gewinnung alternativer Energien unterstützen
- Effizienz erhöhen

Zu betrachten sind öffentliche Einrichtungen, Privathaushalte, die örtliche Wirtschaft und der Straßenverkehr.

Welche Maßnahmen sind in unserer Stadt möglich? Welche Wirkungen werden erzielt? Und wer kann wie zur Mitwirkung animiert werden?

Diese Fragen sollten in einem kommunalen Energiekonzept münden. Wir stellen uns vor, im 1. Halbjahr 2010 zum Auftaktworkshop einzuladen.

Bis dahin werden wir nicht untätig sein. Die bereits vorhandenen Anfänge sind zu berücksichtigen:

- Die Erkenntnisse, die aus dem energetischem Teilraumkonzept Burg gewonnen worden sind.
- Die Nutzung von Förderprogrammen, die der Einsparung des Energieverbrauchs in öffentlichen Einrichtungen dienen, z.B. an der Kita Burg.
- Die Mitwirkung in etlichen Netzwerken und Modellvorhaben
- Das von den Stadtwerken angestoßene Projekt „Energieeffiziente Region“, in dem zunächst eine Bestandsaufnahme über Verbrauch und Erzeugung gemacht wird (wenn 1990 das Bezugsjahr für die Reduzierung des Co<sub>2</sub>-Ausstoßes ist, dann muss dieser Wert ja zunächst ermittelt werden)
- Und nicht zuletzt, die sich in Mache befindlichen Solarkraftwerke

Etwasige Konsequenzen für die Bauleitplanung sollten aus dem kommunalen Energiekonzept und aus dem regionalen Maßnahmeplan abgeleitet werden.

Herzog-von der Heide  
Bürgermeisterin